

Rechnungshof

Zu wenig Digital-Tempo im Gesundheitswesen

Patienten sollen profitieren, wenn sie Daten digital mit Ärzten austauschen / Finanzkontrolleuren geht das zu langsam

Der Bundesrechnungshof moniert zu wenig Tempo bei der digitalen Vernetzung des Gesundheitswesens und fordert ein stärkeres Eingreifen der Politik. Auch 15 Jahre nach Beginn des Projekts einer gemeinsamen Datenautobahn sei nur ein Teil der Praxen angeschlossen, heißt es in einem Bericht der Behörde für den Bundestag, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Die elektronische Gesundheitskarte habe bislang „keinen konkreten Mehrwert für Leistungserbringer und Versicherte, da Online-Anwendungen noch nicht etabliert sind“.

Der Rechnungshof empfiehlt, die „Allzuständigkeit“ der mit dem Datennetz-Aufbau beauftragten Gematik-Gesellschaft zu durchbrechen, die von den Akteuren des Gesundheitswesens getragen wird. Dabei führten „gegensätzliche Interessen“ immer wieder zu Verzögerungen. Allein bis 2017



Für die elektronischen Patientenakte hatten sich Ärzte und Kassen im Herbst auf eine grundsätzliche Struktur verständigt. Foto: dpa

habe die Gematik aber Kosten von 606 Millionen Euro verursacht. Daher solle das Bundesgesundheitsministerium selbst „richtungsweisende Entscheidungen“ treffen oder von einer seiner Organisationen treffen lassen. Träger der Gematik sind die Verbände von gesetzlichen Krankenkassen, Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern.

Bis 2021 elektronische Patientenakte

Nach jahrelangem Gezerre will auch die Regierung mehr Tempo machen. Laut Koalitionsvertrag sollen bis 2021 elektronische Patientenakten kommen, die Versicherte freiwillig nutzen können, auch am Smartphone. Die geplante Anbindung aller Praxen an die Datenautobahn („Telematikinfrastruktur“) verzögert sich aber, auch wegen fehlender Geräte. Der Rechnungshof mahnte, das Gesundheitsministerium müsse dies „enger und umfassender

als bisher begleiten“. Da die Anbieter die Geräte derzeit in eigener Verantwortung entwickelten, bleibe es „grundsätzlich offen, ob und wann diese geliefert werden“.

Für die elektronischen Patientenakten hatten sich Ärzte und Kassen im Herbst auf eine grundsätzliche Struktur verständigt. Dafür sind drei Bereiche vorgesehen: einer

Analyse

Erstmals seit Jahren weniger offene Stellen in der Pflege

Die Zahl der offenen Stellen in der Altenpflege ist einem Medienbericht zufolge erstmals seit fünf Jahren zurückgegangen. Von Dezember 2017 bis Dezember 2018 sei sie von 24.279 auf 22.950 gesunken, berichtete die Rheinische Post unter Berufung auf eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Besonders Fachkräfte sind demnach gesucht: Der Bundesagentur hätten 14.449 offene Stellen für Altenpflegefachkräfte vorgelegen. Dem Bericht zufolge hatte die Zahl der offenen Stellen in der Pflege im Dezember 2013 noch bei 12.826 gelegen und war seitdem bis Dezember 2017 kontinuierlich angestiegen.

Um die Personalnot in der Pflege zu lindern, hatte der Bundestag kürzlich ein Gesetzesvorhaben beschlossen, das mehr

Stellen und attraktivere Arbeitsbedingungen vorsieht, so die dpa. Unter anderem sollen damit 13.000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege geschaffen werden. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hatte im November aber weiteren Verbesserungsbedarf bei der Bezahlung von Altenpflegern gesehen: Es könne nicht richtig sein, dass ein Altenpfleger in zu vielen Regionen Deutschlands 500 bis 800 Euro im Monat weniger habe als ein Krankenpfleger.

Derzeit ist die Stimmung in der Pflegebranche eher pessimistisch. So beurteilten im vergangenen Jahr etwa 29 Prozent der Befragten die Qualität der Pflege nur als „mangelhaft“ (2017: 24 Prozent). Zu diesem Ergebnis kommt der sogenannte

Care-Klima-Index, eine Umfrage unter Pflegekräften, Ärzten, Pflegebedürftigen, Angehörigen sowie Vertretern von Kassen und Verbänden, den der Deutsche Pflegetag in Berlin vorstellte. Der Index wird seit 2017 erhoben.

„Es hat sich seit der letzten Befragung gezeigt, dass die Stimmung in der Pflege abgekühlt ist“, sagte die Leiterin des Forschungsprojekts, Stephanie Hollaus. Obwohl das Thema Pflege im vergangenen Jahr viel diskutiert wurde, finden laut der Studie 74 Prozent der Befragten, dass dem Bereich in der Politik nicht ausreichend Beachtung geschenkt wird (2017: 69 Prozent). Auch die Arbeitsbedingungen werden von 60 Prozent der Befragten als schlecht eingestuft (2017: 51 Prozent).

mit medizinischen Daten der Ärzte, einer mit Versicherten-Informationen der Kassen und einer, in den Patienten selbst Daten einspeisen können. Das soll helfen, Doppeluntersuchungen zu vermeiden und Klarheit über parallel eingenommene Medikamente zu schaffen. Der Rechnungshof wertete die Verständigung als „einen, wenn auch späten, Schritt in die richtige Richtung“. Das

Ministerium habe aber weiterhin keinen Einfluss auf Inhalte und die Umsetzung.

Jens Spahn muss Verantwortung übernehmen

Auch Patientenschützer sehen die Politik am Zug. Der Rechnungshof schreibe es Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ins Stammbuch, jetzt Verantwortung zu übernehmen,

sagte der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, der dpa. „Es braucht ein Bundesamt für Digitalisierung im Gesundheitswesen.“ Damit würde das kostspielige Hickhack der Spitzenorganisationen der Krankenkassen, Ärzte, Krankenhäuser und Apotheker endlich beendet. „Denn die Zeche zahlen die Versicherten und haben bisher nichts davon.“

Unternehmen

Merck schließt Allianz mit Tech-Riese Tencent in China

Behandlung über Internet-Portale erleichtern / Patienten sollen Online bessere Erkenntnisse erhalten

Der Darmstädter Pharma- und Chemiekonzern Merck will mit dem Internetunternehmen Tencent digitale Gesundheitsdienste in China entwickeln. Dazu unterzeichneten die beiden Firmen kürzlich eine Absichtserklärung, wie Merck mitteilte. Ziel sei es, das Wissen der Bevölkerung über Erkrankungen auf dem wichtigen Markt in Fernost zu verbessern und Behandlungen über Portale im Internet zu erleichtern. Das berichtet die dpa.

„Wir wollen zukunftsweisende Internetplattformen und künstliche Intelligenz, Big Data sowie Cloud-Computing-Fähigkeiten nutzen, um gemeinsam mit Partnern die Gesundheitsversorgung in China für alle Patienten einfacher und effizienter zu

gestalten“, erklärte der Tencent-Manager Zhang Meng.

Im Fokus der Zusammenarbeit stünden neben Fruchtbarkeitsstörungen, Allergien, Diabetes, Schilddrüsenfunktionen, Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Patienten sollen online bessere Kenntnisse erhalten, welche Symptome Krankheiten haben und wie sie sich wirksam behandeln lassen. Auch sollen die digitalen Dienste dafür sorgen, dass Patienten Therapien nicht vorzeitig abbrechen.

Die Kooperation mit dem Tencent-Konzern, der unter anderem mit sozialen Netzwerken, Online-Werbung und Chat-Diensten Geld verdient, ist nicht die erste Allianz von Merck in China. Schon



Erklärtes Ziel von Merck und Tencent: Die Gesundheitsversorgung in China soll für alle Patienten unkomplizierter werden. Foto: dpa

im vergangenen Sommer schlossen die Darmstädter eine Zusammenarbeit mit dem Internetriesen Alibaba ebenfalls für digitale Gesundheitsdienste.

Ernährung

Brauereien wollen Bierflaschen mit Kalorien-Angaben versehen

Druck durch EU / Größere Transparenz für die Kunden

Viele deutsche Brauereien wollen künftig freiwillig alle Biere und Biermischgetränke mit Kalorienangaben versehen, wie der Deutsche Brauer-Bund und der Verband Privater Brauereien in Deutschland mitteilten. Bislang sucht der Biertrinker nach diesen Angaben oft noch vergebens. Die Brauer drängten gleichzeitig die Wein- und Spirituosenbranche ihrem Beispiel zu folgen, so die dpa.

Der Hintergrund: Bislang müssen alkoholische Getränke in der EU noch keine Nährwertangaben tragen. Doch drängt die EU-Kommission seit Jahren auf eine freiwillige Kennzeichnung durch die Hersteller.

Auch die Mehrheit der Verbraucher ist dafür. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag des Brauer-Bundes würden es 52 Prozent der deutschen Konsumenten begrüßen, wenn künftig auf allen alkoholischen Getränken wie Bier, Wein oder Whisky die Kalorienangaben auf dem Etikett zu finden wären.

Durchblick bei allen Produkten

Für den Hauptgeschäftsführer des Brauer-Bundes, Holger Eichele, ist der Schritt deshalb schlicht zeitgemäß: „Ein durchschnittlicher Supermarkt hat heute mehr als 12.000 Produkte im Angebot. Fast alle

haben Kalorienangaben auf der Verpackung. Nur bei alkoholischen Getränken sucht der Kunde heute noch vergebens danach. Das ist für viele Verbraucher nicht nachvollziehbar. Sie erwarten diese Angaben inzwischen einfach.“

Die Brauer hätten auch nichts zu verstecken, betonte Eichele. Im Gegenteil, die größere Transparenz sei in ihrem ureigsten Interesse. Denn Umfragen zeigten, dass viele Verbraucher in Europa den Kaloriengehalt von Bier überschätzten. „Eine Flasche Pils hat im Schnitt rund 200 Kilokalorien. Doch viele Verbraucher glauben, es sind 300, 400 oder sogar 500 Kilokalorien“,

berichtet er. Der Kaloriengehalt eines „normalen“ Bieres entspricht nach Angaben der Verbraucherzentrale Hamburg etwa dem von Apfel- oder Orangensaft sowie Coca-Cola.

Alle großen deutschen Brauereigruppen machen Eichele zufolge bei Einführung der Kalorienangabe mit, und sehr viele der kleineren Anbieter auch. Nach einem Bericht der Lebensmittel Zeitung sind unter anderem Bitburger, Krombacher, Oettinger, Paulaner, Radeberger, Veltins und Warsteiner dabei. Internationale Brauereien wie ABInBev, Carlsberg oder Heineken haben die Kennzeichnung demnach sogar bereits eingeführt.

In Deutschland sollen die Kalorienangaben schrittweise Einzug auf den Etiketten halten. „Viele werden noch ihre alten Etikettenvorräte aufbrauchen. Aber zum Jahresende wird die neue Kennzeichnung bereits auf sehr vielen Marken sichtbar sein“, prognostizierte Eichele.

Winzer reagieren verhalten

Der Lebensmittelexperte Armin Valet von der Verbraucherzentrale Hamburg begrüßte den Schritt der Brauereien und drängte

die Wein- und Spirituosenbranche, rasch dem Beispiel der Bierbrauer zu folgen. „Es gibt keinen Grund, die Ausnahme für Wein und Spirituosen aufrecht zu erhalten“, sagte er. Nach Angaben der Verbraucherzentrale haben Sekt und Wein einen fast doppelt so hohen Kaloriengehalt wie Bier. Bei Spirituosen liege er sogar fünf- bis sechsmal so hoch.

Erste Reaktionen der Weinbauern auf den vielleicht nicht ganz uneigennütigen Appell der Brauer fielen denn auch eher zurückhaltend aus. Die Winzer wollen sich zusätzlichen Verbraucherinformationen nicht verschließen, hieß es beim Deutschen Weininstitut in Bodenheim bei Mainz. Allerdings sei das Gesamtkonzept in der deutschen Alkoholwirtschaft und auf EU-Ebene noch nicht abgeschlossen ausdiskutiert. Wein

sei ein wesentlich komplexeres Getränk als Bier.

Der Sprecher des Fränkischen Weinbauernverbandes, Michael Bock, erklärte: „Für Nährwert- oder Kalorienangaben auf Wein sehen wir keinen Bedarf, da Wein ein Genussmittel ist.“ Er fügte noch hinzu: „Die Menschen in Franken überlegen aber auch nicht, ob Wein dick macht. Sie genießen ihn.“ Vom Bundesverband der Spirituosen-Industrie war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.



Die Brauer sind sich sicher, die Kunden erwarten heute detaillierte Angaben auf der Flasche. Foto: dpa

Pharma

Apotheker akzeptieren Online-Versandhandel mit Medikamenten

Gesetzgeber muss Apotheken stärken / Online-Handel unliebsame Konkurrenz

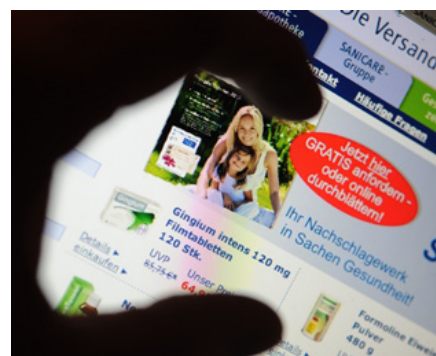
Nach monatelangem Widerstand sind die Apotheker in Deutschland unter Umständen bereit, den Fortbestand des Versandhandels mit verschreibungspflichtiger Arznei zu akzeptieren. Ihre Organisation ABDA will einem Beschluss der jüngsten Mitgliederversammlung zufolge nur an ihrer Forderung nach einem Ausschluss der Medikamente vom Online-Handel festhalten, wenn der Gesetzgeber bestimmten ABDA-Forderungen nicht nachkommt. Die Apotheker verlangen Schritte zur Stärkung der Apotheken und ein Verbot von Boni. Das berichtet die dpa. Hintergrund ist der Streit um die Zukunft des Versandhandels. Für die Apotheker ist der Online-Handel eine unliebsame Konkurrenz. Ursprünglich hatte die Koalition ein Verbot angepeilt. Im Dezember aber hatte Gesundheitsminister

Jens Spahn (CDU) mitgeteilt, dass es europarechtlich unwägbar sei, ob und wie ein solches Verbot umgesetzt werden könne.

Stattdessen wollte Spahn den Präsenz-Apotheken durch andere Maßnahmen un-

ter die Arme greifen. Gleichzeitig kündigte Spahn an, die Rabattmöglichkeiten der Internet-Apotheken beschneiden zu wollen. Boni sollen demnach auf 2,50 Euro je Packung begrenzt werden. Nun fordert die ABDA offenbar ein Verbot solcher Boni.

Spahn begrüßte den grundsätzlichen Meinungsumschwung bei der ABDA. „Mit diesem Beschluss ist auch aus Sicht der Apotheker ein Verbot des Versandhandels nicht zwingend zum Erhalt der flächendeckenden Versorgung erforderlich“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Das ist ein wichtiger Schritt.“ Nötig sei eine europarechtskonforme Lösung. „Daher werden wir die Vorschläge nun in Ruhe prüfen“, sagte Spahn. „Unser Ziel bleibt die flächendeckende Versorgung mit Apotheken im ganzen Land.“



Ursprünglich hatte die Koalition ein Verbot des Online-Versandhandels mit Medikamenten angepeilt. Foto: dpa

Studie

Gewalt gehört in Hessens Notaufnahmen zum Alltag

Wie oft kommen Gewaltereignisse vor? Was löst die Gewalttaten aus? / Gewalterfahrungen werden zur Normalität

Gewalt gehört für die meisten Beschäftigten in hessischen Notaufnahmen zum Arbeitsalltag. Erste Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zu psychischen, physischen und sexualisierten Gewaltereignissen gegenüber Beschäftigten in der Notaufnahme zeigen dringenden Handlungsbedarf im betrieblichen Gesundheitsmanagement.

Eine interdisziplinäre Forschungsgruppe am Fachbereich Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda hat das Personal in Notaufnahmen zu körperlichen, verbalen und sexualisierten Gewaltereignisse befragt. Wie oft kommen Gewaltereignisse vor? Was löst die Gewalttaten aus? Und welche Folgen haben sie für die Betroffenen? Ziel der Studie ist es, aus arbeitsmedizinischer Sicht und aus Sicht des Personalmanagements Anhaltspunkte zu liefern, welche Ressourcen zur Gestaltung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz Notaufnahme notwendig sind. Die Onlinebefragung richtete sich an alle Beschäftigten von 51 Notaufnahmen in Hessen. 354 Personen füllten den Fragebogen vollständig aus.

Erste Ergebnisse: Knapp 76 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten mindestens eine Form körperlicher Gewalt erlebt zu haben. Bei der verbalen Gewalt liegen die Zahlen noch deutlich höher. Hier bestätigten 97 Prozent der Befragten, im Laufe der letzten zwölf Monate mindestens eine Form verbaler Gewalt erlebt zu haben. Jeder und jede zweite Befragte (52 Prozent) gab zudem an, mindestens einer Form sexualisierter Gewalt ausgesetzt gewesen zu sein.

Gewalterfahrungen werden zur Normalität

Von jenen Personen, die in den vergangenen zwölf Monaten eine oder mehrere Formen verbaler Gewalt erlebt hatten, sagten 61,8 Prozent, diese täglich oder wöchentlich zu erleben. Bei körperlicher Gewalt sind es 24,1 Prozent, bei sexualisierter Gewalt 20,6 Prozent. Zugleich stimmten 77 Prozent der Befragten zu, dass das Erleben von Gewalt gegen die eigene

Person in der Notaufnahme normal sei. Bezüglich des Sicherheitsgefühls während der Arbeitszeit gaben 39 Prozent an, dass

immer zu dokumentieren, und lediglich 19,8 Prozent gaben an, dass sie Gewaltereignisse immer melden.



Knapp 76 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten mindestens eine Form körperlicher Gewalt erlebt zu haben.

Foto: dpa

sie sich nachts in der Notaufnahme meist nicht oder nie sicher fühlen. Tagsüber hingegen sind es lediglich 2,9 Prozent.

Betroffene reagieren mit Gereiztheit und Verlust der Freude am Beruf

Bezüglich der langfristigen Folgen, die Gewaltereignissen zugeschrieben werden, sind die fünf am häufigsten genannten Reaktionen, die die Befragten bei sich selbst beobachteten: Gereiztheit (43,7 Prozent), gedrückte Stimmung (36,2 Prozent), Abstumpfung (34,4 Prozent), Verlust der Freude am Beruf (32,1 Prozent) und der Wunsch nach einem Berufswechsel (26,5 Prozent).

Auch nach den Auslösern, dem Dokumentations- und Meldeverhalten fragte die Studie: Hier wurden am häufigsten der Einfluss von Alkohol oder Drogen (85,5 Prozent), lange Wartezeiten (83,3 Prozent), Verwirrtheit der Patientinnen und Patienten (55,1 Prozent), Unzufriedenheit mit der Versorgung (44,9 Prozent) und Verständigungsprobleme (37,7 Prozent) genannt. Mit Blick auf das Dokumentationsverhalten gaben nur 41,8 Prozent an, Gewaltereignisse

Handlungsbedarf für betriebliches Gesundheitsmanagement

„Mit Blick auf die physische und psychische Gesundheit der Beschäftigten in Notaufnahmen besteht ein dringender Bedarf, spezifische Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements zu etablieren, das zeigen die Daten ganz deutlich,“ schlussfolgern die Wissenschaftlerinnen am Fachbereich Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda, Prof. Dr. Margit Christiansen und Prof. Dr. Gamze Güzel-Freudenstein. Dazu bedürfe es eines multidisziplinären Ansatzes aus Arbeits- und Gesundheitsschutz, Personalmanagement und Arbeitsorganisation.

Das Forschungsteam, das sich aus Expertinnen und Experten der Arbeitsmedizin, des Personalmanagements und der Gesundheitswissenschaften zusammensetzt, will bis Ende Juni dieses Jahres die Daten auch unter Genderaspekten auswerten.

Das Forschungsprojekt wird vom hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Rahmen des Forschungsschwerpunkts Frauen- und Geschlechterforschung gefördert.

Forschung

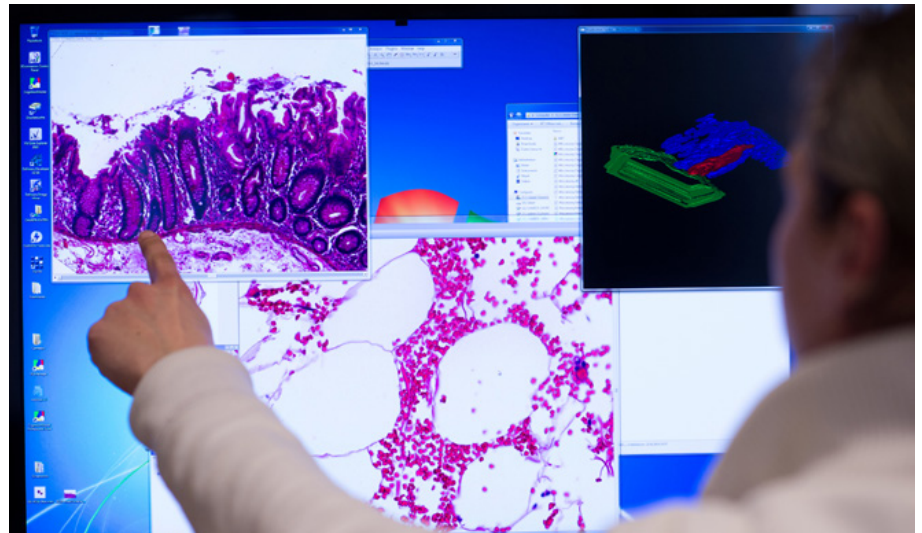
Künstliche Intelligenz hält Einzug in die Pathologie

BMBF fördert Forschungsprojekt zur Entwicklung einer digitalen Benutzeroberfläche für hocheffiziente Gewebeuntersuchung

Eine spezielle Softwareplattform zu entwickeln, mit der sich schnell und präzise entscheiden lässt, ob Gewebe Tumorzellen enthält oder nicht, das ist das Ziel eines neuen Forschungsprojekts an der Universitätsmedizin Mainz. Das BMBF fördert dieses Projekt mit knapp einer halben Millionen Euro über einen Zeitraum von zwei Jahren.

Gibt es Anhaltspunkte für tumorverdächtige Gewebeareale im Körper eines Patienten? Liegt ein Tumor vor oder nicht? Inwieweit weist das zu analysierende Gewebe relevante genetische Veränderungen auf? Mit welchen Therapieoptionen lässt sich ein identifizierter Tumor potentiell bekämpfen? Antworten auf diese und vergleichbare Fragen soll ein sogenanntes Clinical Decision Support System (CDSS) geben, das ein Team von Wissenschaftlern um Dr. Sebastian Förstch vom Institut für Pathologie der Universitätsmedizin Mainz aktuell entwickelt. Bei dem CDSS handelt es sich um eine Softwareplattform, die Gewebeabschnitte analysieren soll. Dazu bedient sich die Software sogenannter Deep-Learning-Algorithmen, einer Form von selbstlernenden Programmen.

„Bei den verwendeten Algorithmen handelt es sich um sogenannte tiefe neuronale Netze, die in ihrem Aufbau und in ihrer Funktion biologischen Neuronenverbänden nachempfunden sind“, erklärt Dr. Sebastian Förstch. „Damit ein solches Netzwerk tumorverdächtige von gesunden Gewebearealen unterscheiden kann, muss man es an möglichst vielen verschiedenen Beispielen trainieren. Wir sprechen hier von Millionen von Abbildungen, welche wir zusammengetragen haben“, fährt Förstch fort. Das CDSS befindet sich demzufolge in einem fortwährenden Lernprozess. Währenddessen überprüft das Netzwerk permanent die Richtigkeit seiner Vorhersage. „Liegt das CDSS falsch, so korrigiert es sich selbst und versucht dann, zu einer



Eine zunehmende Digitalisierung des pathologischen Untersuchungsguts macht dieses für eine automatisierte, computerbasierte Analyse zugänglich. Foto: dpa

besseren Vorhersage zu gelangen. Liegt es hingegen richtig, so steuert es auf die optimale Lösung zu“, so Förstch.

Täglich werden am Institut für Pathologie der Universitätsmedizin Mainz bis zu 1000 Gewebeschnitte unter dem Mikroskop begutachtet. Bisher verwenden die Fachärzte für Pathologie hierzu überwiegend analoge Lichtmikroskope. Doch eine zunehmende Digitalisierung des pathologischen Untersuchungsguts macht dieses für eine automatisierte, computerbasierte Analyse zugänglich, welche in den alltäglichen Routineworkflow integriert werden könnte.

Dabei lässt sich das Ergebnis einer mittels des CDSS durchgeführten Gewebeanalyse potentiell auch visualisieren. Dabei kann man sich zunutze machen, dass das System nicht nur eine Aussage darüber trifft, ob ein Tumor vorliegt oder nicht, sondern auch, wie sicher sich das System bei seiner Aussage ist. „So könnte man diese Wahrscheinlichkeit in Farben umwandeln und das Gewebe ‘digital’ einfärben – beispielsweise ein dezentes Grün, wenn alles gesund ist, oder ein alarmieren-

des Rot, wenn der Algorithmus sich sicher ist, dass es sich um einen Tumor handelt“, unterstreicht Förstch.

„Der Nutzen einer solchen Softwareplattform wäre gerade für die Pathologie immens. Einerseits würde dieses CDSS schnellere und präzisere Diagnosen erlauben. Andererseits würde es mit einer erheblichen Kostenersparnis einhergehen, solch ein System an einem pathologischen Institut zu verwenden“, ist der Direktor des Instituts für Pathologie Univ.-Prof. Dr. Wilfried Roth überzeugt. „Was dieses Forschungsprojekt so viel versprechend macht, ist, dass das CDSS aus der Pathologie heraus entwickelt wird. Dadurch befinden wir uns in der einmaligen Situation, bereits vom ersten Projekttag an auf spezielle pathologische Anforderungen eingehen zu können“, sagt Dr. Förstch.

Neben dem Institut für Pathologie ist noch die Stabsstelle Technologietransfer der Universitätsmedizin Mainz und das Institut für Informatik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) an dem Projekt beteiligt.